

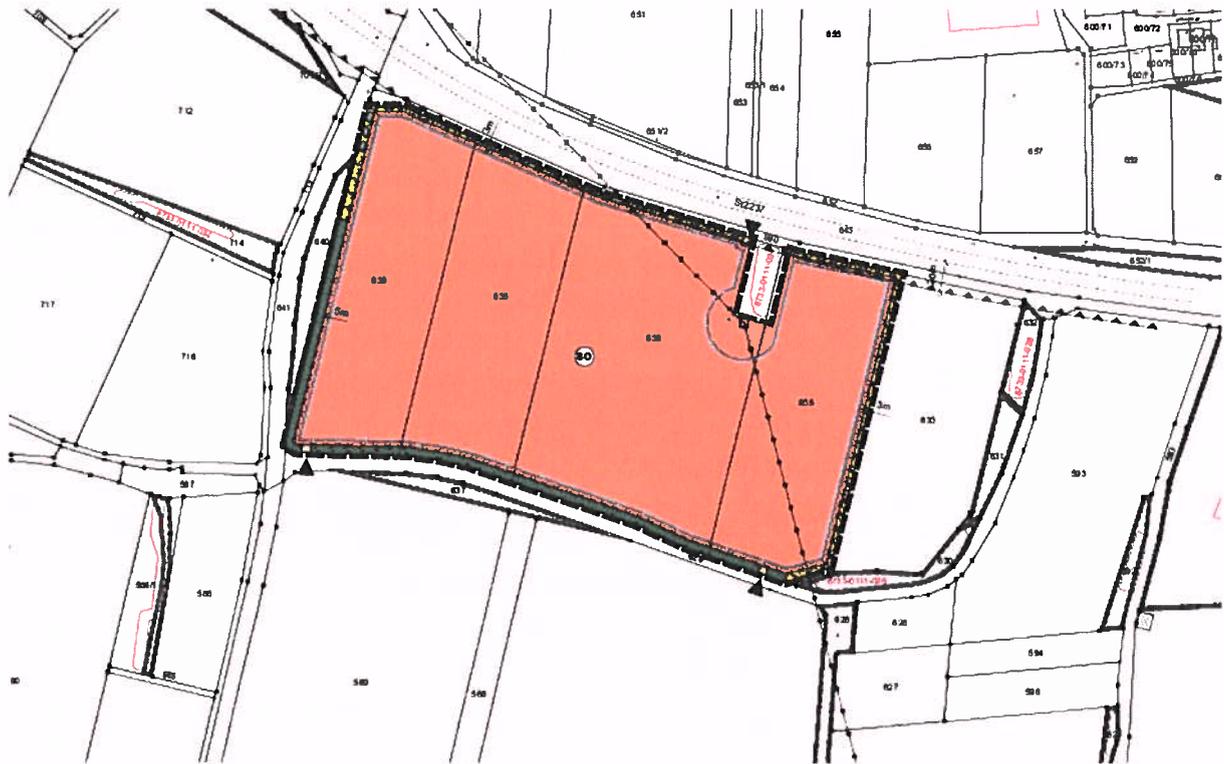
**Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Grünordnungsplan Nr. 37 „SO Photovoltaik Lampersdorfer Höhe“ sowie 22. Änderung des Flächennutzungsplans und 9. Änderung des Landschaftsplans des Marktes Allersberg;**

**Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB**

Der Bauausschuss des Marktes Allersberg hat in der Sitzung vom 23.01.2023 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Grünordnungsplan Nr. 37 „SO Photovoltaik Lampersdorfer Höhe“ und die 22. Änderung des Flächennutzungsplans und 9. Änderung des Landschaftsplans beschlossen. Beide Verfahren werden gem. § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren durchgeführt.

Der bestehende räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans und Änderungsbereich des Flächennutzungsplans befindet sich etwa 150 m südlich des Hauptortes Allersberg und 340 m nördlich des OT Eulenhof (Landkreis Roth, Regierungsbezirk Mittelfranken). Er umfasst die Flurstücke 635 (TF), 636 (TF), 638 und 639, Gemarkung Allersberg, mit insgesamt 7,1 ha.

Der räumliche Geltungsbereich des Parallelverfahrens wird aus dem beigefügtem Lageplan (maßstabslos) ersichtlich.



Der Vorentwurf zur 22. Änderung des Flächennutzungsplans und der 9. Änderung des Landschaftsplans des Marktes Allersberg in der Fassung vom 05.04.2023 wurde in der Bauausschusssitzung am 28.06.2023 gebilligt und die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Der Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Grünordnungsplan Nr. 37 „SO Photovoltaik Lampersdorfer Höhe“ in der Fassung vom 05.04.2023 wurde in der Bauausschusssitzung am 28.06.2023 gebilligt und die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Die Vorentwürfe des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Grünordnungsplan Nr. 37 „SO Photovoltaik Lampersdorfer Höhe“ und der 22. Änderung des Flächennutzungsplans und 9. Änderung des Landschaftsplans in der Fassung vom 05.04.2023 liegen mit Begründung und Umweltbericht in der Zeit vom

**17.07.2023 bis einschließlich 21.08.2023**

Im Rathaus der Marktgemeinde Allersberg, Marktplatz 1, 90584 Allersberg im Zimmer 2.03 während der regulären Öffnungszeiten (Montag bis Freitag von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und Donnerstag von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr) zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung und die nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen sind auch im Internet auf der Homepage des Marktes unter

<https://www.allersberg.de/beteiligungsverfahren/>

während des Auslegungszeitraumes veröffentlicht.

Stellungnahmen können während dieser Frist in Textform, per E-Mail ([david.just@allersberg.de](mailto:david.just@allersberg.de)) oder während der Dienststunden zur Niederschrift abgegeben werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan sowie die Änderung des Flächennutzungsplans und Landschaftsplans unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans sowie die Änderung des Flächennutzungsplans und Landschaftsplans nicht von Bedeutung ist (§ 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 6 BauGB).

Hinweis zum Datenschutz

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage der Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e (DSGVO) i. V. mit § 3 BauGB und dem BayDSG. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren“ das ebenfalls öffentlich ausliegt (siehe gesonderte Mustervorlage).

Hinweis bzgl. Des Verbandsklagerechts von Umweltverbänden:

Eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz) ist in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 UmwRG gemäß § 7 Abs. 3 S. 1 UmwRG mit allen Einwendung ausgeschlossen, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können (§ 3 Abs. 3 BauGB).

Allersberg den 04.07.2023

  
Daniel Horndasch  
Erster Bürgermeister



Angeschlagen am: 05.07.2023

Abgenommen am: 21.08.2023